

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0161/2011**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 31.05.2011

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Jonas Ahlgrimm, Die Linke.Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss	14.06.2011	Beratung
Stadtverordnetenversammlung	21.06.2011	Entscheidung

Betreff:

NS-Vergangenheit kommunaler Mandatsträger/-innen erforschen
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 30.05.2011 -

Antrag:

- „1. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen sieht in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit selbst nach mehr als 60 Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges eine wichtige gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt deshalb den Magistrat, als ersten Schritt eine seinerzeitige Mitgliedschaft von Oberbürgermeister/-innen, Bürgermeister/-innen, Magistratsmitgliedern, sowie Stadtverordneten, die zwischen 1946 und 1990 ein Mandat inne hatten und vor 1927 geboren wurden, prüfen zu lassen.
3. Mit der Prüfung sollte eine fachlich geeignete, unabhängige Person oder Organisation beauftragt werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung wird regelmäßig über Zwischenergebnisse informiert. Am Ende der Untersuchung ist dem Parlament ein schriftlicher Abschlussbericht vorzulegen und zu veröffentlichen.“

Begründung:

Durch die Veröffentlichung der Studie „Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987)“ der Landtagsfraktion DIE LINKE wurde deutlich, dass die NS-Vergangenheit Deutschlands immer noch nicht

aufgearbeitet wurde. Das Ergebnis der Studie war, dass statt drei, mindestens 75 Landtagsabgeordnete Mitglieder der NSDAP waren. Dies lässt vermuten, dass auch in unserem Kommunalparlament in der Nachkriegszeit weit mehr ehemalige Mandatsträger/innen eine NS-Vergangenheit haben.

In der Öffentlichkeit, wie im Hessischen Landtag selbst, hat diese zu einer intensiven Diskussion und Aufarbeitung geführt. Eine Kommission zur Aufarbeitung der NSDAP-Mitgliedschaft von Landtagsabgeordneten wurde eingesetzt, damit dieser Teil unserer Geschichte umfassend aufgearbeitet wird. Eine solche Aufarbeitung halten wir ebenso bei uns für zwingend geboten.

Auch die lokale Öffentlichkeit hat einen berechtigten Anspruch darüber informiert zu werden, um sich selbst ein Bild machen zu können.

Jonas Ahlgrimm
Fraktionsvorsitzender